

Wahlprogramm der Liberalen Hochschulgruppe UDE zur StuPa-Wahl

UDE – Freiheit im Studium. Verantwortung in der Hochschulpolitik.

Genug von starren Prüfungsfristen, leeren Moodle-Kursen und Hochschulpolitik, die zu oft an der Lebensrealität der Studierenden vorbeigeht? Die Universität Duisburg-Essen verdient eine studentische Interessenvertretung, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet. Wir als Liberale Hochschulgruppe wollen der UDE mehr Freiheit, mehr Fairness und mehr Tempo geben.

Freiheit im Studium heißt für uns: Studierende sollen ihr Studium eigenverantwortlich planen können. Wer nebenbei arbeitet, pendelt, krank wird, familiäre Verantwortung trägt oder sich ehrenamtlich engagiert, darf nicht an unnötiger Bürokratie scheitern. Leistung muss zählen, aber sie muss fair gemessen werden. Die Universität soll Kompetenzen fördern und prüfen, nicht Studierende in starre Verwaltungslogiken pressen.

Verantwortung in der Hochschulpolitik heißt für uns: Studentische Gelder gehören den Studierenden! Sie dürfen nicht leichtfertig ausgegeben oder durch immer neue Beitragserhöhungen ersetzt werden. Jeder Euro muss nachvollziehbar eingesetzt werden und einen echten Nutzen für möglichst viele Studierende schaffen.

Moderne Universität heißt für uns: bessere digitale Infrastruktur, mehr Praxisbezug, ein verantwortungsvoller Umgang mit KI, längere Öffnungszeiten zentraler Lernorte, starke Anlaufstellen gegen Diskriminierung und eine offene Debattenkultur. Die UDE soll nicht nur ein Ort der Prüfungen sein, sondern ein Lern-, Begegnungs- und Möglichkeitsraum.

Wir wollen gestalten statt verwalten. Packen wir es an.

Inhalt

| | |
|--|----------|
| <i>I. Flexibler und fairer studieren</i> | <i>3</i> |
| <i>II. Studentische Gelder für echten studentischen Nutzen.....</i> | <i>4</i> |
| <i>III. Mehr Kooperation zwischen den studentischen Gremien</i> | <i>5</i> |
| <i>IV. Moderne Uni statt Verwaltungslogik</i> | <i>5</i> |
| <i>V. KI, digitale Selbstbestimmung und Medienkompetenz</i> | <i>6</i> |
| <i>VI. Lernorte, Campusleben und Aufenthaltsqualität</i> | <i>7</i> |
| <i>VII. Gegen Antisemitismus und Diskriminierung – für eine freie Debattenkultur</i> | <i>7</i> |
| <i>Unser Anspruch für die nächste Legislaturperiode</i> | <i>8</i> |

I. Flexibler und fairer studieren

Studium an der UDE darf kein Hindernislauf durch starre Fristen, unübersichtliche Prüfungsverwaltung und unnötige Präsenzpfllichten bei organisatorischen Abläufen sein. Wer studiert, braucht Verlässlichkeit. Wer Verantwortung übernimmt, braucht Flexibilität. Wer Leistung bringt, verdient faire Chancen.

Viele Studierende an der UDE leben nicht das Idealbild eines Vollzeitstudiums ohne Nebenverpflichtungen. Sie arbeiten, pendeln zwischen Duisburg und Essen, kümmern sich um Familie, engagieren sich politisch, gesellschaftlich oder ehrenamtlich, kämpfen mit Krankheit oder brauchen aus anderen Gründen individuellere Strukturen. Eine moderne Universität muss das berücksichtigen und einfach ermöglichen – das sollte kein „Sonderfall“ mehr sein, sondern Standard!

Freiheit im Studium bedeutet nicht Beliebigkeit. Freiheit bedeutet, dass gleiche Lernziele auf fairen, zeitgemäßen und unterschiedlichen Wegen erreicht werden können. Eine Klausur ist nicht immer die beste Prüfungsform. Eine Papierabgabe ist nicht automatisch seriöser als eine digitale Abgabe. Eine starre Frist ist nicht automatisch gerecht, nur weil sie für alle gleich unflexibel ist.

Für ein flexibleres und faireres Studium fordern wir konkret:

- mehr hybride Lehrangebote, damit Studium besser mit Nebenjob, Pendeln, Krankheit, Familie oder Ehrenamt vereinbar wird
- Vorlesungsaufzeichnungen und digitale Materialien überall dort, wo es fachlich sinnvoll ist — und das sollte in der Praxis der Regelfall sein
- digitale Abgaben als Standard statt unnötiger Papier- oder Präsenzabgaben
- besser koordinierte Abgabe- und Prüfungstermine, damit sich Belastung nicht künstlich in einzelnen Wochen ballt
- studierendenfreundlichere An- und Abmeldefristen bei Prüfungen, damit Krankheit, Überlastung oder echte Terminkollisionen nicht unnötig sanktioniert werden
- gezielte Möglichkeiten zur Notenverbesserung durch Wiederholungsversuche, besonders bei Modulnoten, die für Masterbewerbungen, Stipendien oder den Berufseinstieg wichtig sind
- flexiblere Prüfungsformen bei gleichen Lernzielen: Hausarbeit, mündliche Prüfung, Klausur, Vortrag oder Projektarbeit sollen je nach Modul sinnvoll eingesetzt werden
- niedrigschwellige Beratung, klarere Abläufe und weniger bürokratische Hürden für neurodivergente Studierende
- mehr Verlässlichkeit in HISinOne, Moodle und Prüfungsverwaltung, denn digitale Studienorganisation muss funktionieren und darf nicht zusätzliche Arbeit erzeugen

II. Studentische Gelder für echten studentischen Nutzen

Studentische Gelder sind kein Selbstzweck und kein Spielgeld für Symbolpolitik. Sie stammen von Studierenden und müssen den Studierenden zugutekommen. Deshalb braucht es mehr Transparenz, mehr Kontrolle und mehr Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Haushaltsmitteln.

Der Studierendenschaftsbeitrag darf nicht leichtfertig erhöht werden. Wer mehr Geld ausgeben will, muss erklären können, warum. Wer Projekte finanziert, muss zeigen können, welchen Nutzen sie haben. Und wer studentische Politik macht, muss sich daran messen lassen, ob sie im Alltag der Studierenden ankommt.

Wir wollen weniger Gewohnheitsfinanzierung und mehr Wirkung. Studentische Mittel sollen Campusleben ermöglichen, Beratungsangebote stärken, Lernorte verbessern, Veranstaltungen unterstützen und politische, gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe fördern. Nicht nur für kleine hochschulpolitische Milieus, sondern für möglichst viele Studierende.

Dazu gehört auch: Duisburg und Essen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die UDE ist eine Universität mit zwei großen Standorten. Studentische Angebote müssen beide Campusse mitdenken und auch für Pendler, Erstsemester und nicht-politisch aktive Studierende attraktiv sein.

Für verantwortungsvolle studentische Finanzen fordern wir konkret:

- studentische Gelder konsequent im Interesse möglichst vieler Studierender einsetzen
- keine leichtfertigen Erhöhungen des Studierendenschaftsbeitrags
- transparente, nachvollziehbare und gut begründete Ausgaben
- mehr Kontrolle im Umgang mit Haushaltsmitteln
- weniger Symbolpolitik und mehr konkreten Nutzen im Alltag
- Fokus auf Veranstaltungen, Angebote und Projekte, die breiter wirken und nicht nur kleine hochschulpolitische Milieus erreichen
- mehr Unterstützung für ein lebendiges Campusleben: Kultur, Debatten, Vernetzung, studentische Initiativen und niedrigschwellige Veranstaltungen
- Duisburg und Essen gemeinsam denken, statt beide Campusse gegeneinander auszuspielen
- Angebote, die auch Pendler, Erstsemester und nicht-politisch aktive Studierende erreichen
- verständlichere Kommunikation von Haushaltsentscheidungen im StuPa gegenüber der Studierendenschaft und zwischen den Gremien
- keine Finanzierung nach Gewohnheit: Projekte sollen regelmäßig danach bewertet werden, ob sie noch sinnvoll sind
- Campusleben praktisch ermöglichen: durch Räume, Veranstaltungen, Öffnungszeiten und Kooperationen

III. Mehr Kooperation zwischen den studentischen Gremien

Studentische Selbstverwaltung funktioniert nur, wenn die Gremien miteinander arbeiten statt nebeneinander her. StuPa, AStA, Fachschaften und studentische Initiativen haben unterschiedliche Aufgaben, aber viele gemeinsame Ziele. Sie alle sollen Studienbedingungen verbessern, Interessen vertreten und Campusleben ermöglichen.

Zu oft bleiben Strukturen getrennt, Informationen versanden und Projekte werden doppelt gedacht oder gar nicht umgesetzt. Das kostet Zeit, Geld und Wirkung. Gerade an einer Universität mit zwei Campussen braucht es bessere Abstimmung, klare Kommunikation und gemeinsame Projekte.

Kooperation heißt nicht, dass alle immer einer Meinung sein müssen. Kooperation heißt, dort zusammenzuarbeiten, wo es den Studierenden konkret hilft: bei Veranstaltungen, Erstsemesterarbeit, Beratung, politischer Bildung, kultureller Teilhabe, Raumnutzung und Kommunikation.

Für stärkere studentische Zusammenarbeit fordern wir konkret:

- bessere Zusammenarbeit zwischen StuPa, AStA, Fachschaften und weiteren studentischen Initiativen
- regelmäßigen Austausch zwischen den Gremien über gemeinsame Probleme und Projekte
- gemeinsame Veranstaltungen, die mehr Studierende erreichen
- bessere Abstimmung bei politischer Bildung, gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe
- niedrigschwellige Angebote für Studierende, die nicht bereits in Hochschulpolitik aktiv sind
- transparentere Kommunikation zwischen den Gremien und gegenüber der Studierendenschaft
- stärkere Kooperation bei der Nutzung von Räumen, Mitteln und Öffentlichkeitsarbeit
- eine hochschulpolitische Kultur, die sachlich arbeitet und konkrete Ergebnisse über Lagerdenken stellt

IV. Moderne Uni statt Verwaltungslogik

Eine Universität darf nicht nur sich selbst verwalten. Sie muss Studium aktiv besser machen. Zu oft erleben Studierende komplizierte Anträge, unklare Zuständigkeiten, starre Fristen und digitale Systeme, die eher nach zusätzlicher Belastung als nach Entlastung wirken.

Wir wollen eine UDE, die Studierende befähigt. Dazu gehören weniger Bürokratie, bessere digitale Infrastruktur, frühere studentische Beteiligung, mehr Praxisnähe und eine klare Orientierung an den Herausforderungen von Wissenschaft, Beruf und Gesellschaft.

Studentische Beteiligung darf nicht erst beginnen, wenn Entscheidungen faktisch schon gefallen sind. Wer betroffen ist, muss früher eingebunden werden. StuPa, studentische Gremien und Hochschulverwaltung sollen sachlich, transparent und lösungsorientiert arbeiten.

Eine moderne Universität muss außerdem auf die Arbeitswelt vorbereiten, ohne ihre wissenschaftliche Aufgabe aufzugeben. Praxisbezug ist kein Gegensatz zur Wissenschaft. Er macht Studieninhalte greifbarer, eröffnet Perspektiven und hilft Studierenden, ihren Weg nach dem Abschluss selbstbestimmt zu gestalten.

Für eine moderne Universität fordern wir konkret:

- weniger Bürokratie bei Anträgen, Prüfungen, Anerkennungen und Fristen

- frühere und verbindlichere studentische Beteiligung, nicht erst, wenn Entscheidungen faktisch schon gefallen sind
- sachliches, transparentes und lösungsorientiertes Arbeiten von StuPa, studentischen Gremien und Hochschulverwaltung
- mehr Praxisnähe im Studium durch Veranstaltungen mit Unternehmen, Verwaltung, Verbänden, NGOs, Medien, Start-ups und Alumni
- bessere Vorbereitung auf Berufseinstieg und Arbeitsmarkt
- mehr Workshops zu Bewerbung, Praktika, Berufsfeldern, Selbstständigkeit, Projektarbeit und realen Arbeitsanforderungen
- Career-Angebote stärker in Studiengänge integrieren, aktiv bewerben und durch Veranstaltungen sichtbarer machen
- bessere digitale Infrastruktur als Grundlage moderner Lehre und Studienorganisation

V. KI, digitale Selbstbestimmung und Medienkompetenz

KI und digitale Tools verändern Studium, Wissenschaft und Arbeitswelt grundlegend. Eine moderne Universität darf diese Entwicklung nicht nur als Problem behandeln. Sie muss Studierende befähigen, neue Technologien verantwortungsvoll, kritisch und produktiv zu nutzen.

Pauschale Verbote reichen nicht. Wer KI nur als Betrugsrisiko betrachtet, verkennt die Realität. Gleichzeitig braucht es klare Regeln, faire Prüfungsformate und transparente Standards. Studierende müssen wissen, was erlaubt ist, was nicht erlaubt ist und wie digitale Werkzeuge sinnvoll eingesetzt werden können.

Digitale Selbstbestimmung, Medienkompetenz und Quellenkritik gehören ins Zentrum moderner Bildung. Wer studiert, muss Informationen bewerten, Manipulation erkennen, digitale Werkzeuge verstehen und wissenschaftlich sauber arbeiten können.

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit KI und digitalen Tools fordern wir konkret:

- KI und digitale Tools verantwortungsvoll nutzen, statt sie nur als Problem zu behandeln
- klare Regeln für KI in Studium und Prüfungen
- Kompetenzaufbau im Umgang mit KI statt bloßer Verbotslogik
- stärkere Förderung von Medienkompetenz, Quellenkritik und digitaler Selbstbestimmung
- transparente Standards für digitale Prüfungs- und Studienleistungen
- eine Universität, die Studierende auf eine Arbeitswelt vorbereitet, in der KI selbstverständlich genutzt wird

VI. Lernorte, Campusleben und Aufenthaltsqualität

Campusleben entsteht nicht durch Sonntagsreden. Es entsteht durch Räume, Öffnungszeiten, Veranstaltungen, Begegnung und Aufenthaltsqualität. Die UDE muss mehr sein als ein Ort, an dem man schnell zur Vorlesung geht und danach wieder verschwindet.

Bibliotheken, Lernräume, Gruppenarbeitsplätze und Aufenthaltsbereiche sind zentrale Infrastruktur des Studiums. Gerade in Prüfungsphasen zeigt sich, ob eine Universität ihre Studierenden ernst nimmt. Wer lernen soll, braucht Platz. Wer diskutieren soll, braucht Räume. Wer Campusleben will, muss Campusleben ermöglichen.

Duisburg und Essen brauchen beide verlässliche Lern- und Begegnungsorte. Der Campus soll Lernort, Begegnungsort und Debattenraum sein.

Für bessere Lernorte und ein lebendigeres Campusleben fordern wir konkret:

- längere Bibliotheksöffnungszeiten
- mehr Gruppenarbeitsräume
- mehr Einzelarbeitsplätze
- bessere Aufenthaltsqualität auf dem Campus
- mehr Räume für studentische Initiativen, Veranstaltungen und Austausch
- Campusleben durch konkrete Angebote ermöglichen, nicht nur behaupten
- den Campus als Lern-, Begegnungs- und Debattenort stärken
- Veranstaltungen, Kultur, Debatten und Vernetzung niedrigschwelliger unterstützen

VII. Gegen Antisemitismus und Diskriminierung – für eine freie Debattenkultur

Freiheit braucht Sicherheit. Wer Angst hat, an den Campus zu gehen, kann nicht frei studieren. Deshalb stehen wir klar gegen Antisemitismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Eine Universität muss ein Ort sein, an dem jüdische Studierende und alle anderen Studierenden sicher lernen, diskutieren und leben können. Antisemitismus darf nicht relativiert, verharmlost oder hinter allgemeinen Floskeln versteckt werden. Er muss klar benannt und konsequent bekämpft werden.

Gleichzeitig verteidigen wir Wissenschaftsfreiheit und offene Debattenkultur. Eine freie Universität lebt vom Streit um die bessere Idee. Aber offene Debatte braucht Regeln: Respekt, Sicherheit und die Bereitschaft, andere Positionen argumentativ auszuhalten.

Für Sicherheit, Aufklärung und offene Debatten fordern wir konkret:

- klare Haltung gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- eine sichere Universität für jüdische Studierende und alle anderen Studierenden
- stärkere Aufklärung und Sensibilisierung auf dem Campus
- starke, sichtbare und gut erreichbare Anlaufstellen

- Antidiskriminierungsstrukturen ausbauen
- Antidiskriminierungsstellen unabhängiger und niedrigschwelliger gestalten
- Wissenschaftsfreiheit verteidigen
- offene Debattenkultur stärken
- Hochschulpolitik, die konkrete Verbesserungen im Studienalltag erreicht, statt ideologische Schau-
fensterdebatten zu führen

Unser Anspruch für die nächste Legislaturperiode

Wir treten an, um im Studierendenparlament konkrete Verbesserungen zu erreichen: flexiblere und fairere Studienbedingungen, transparente Finanzen, ein lebendigeres Campusleben, mehr Kooperation zwischen den studentischen Gremien und eine moderne Universität, die Studierende befähigt statt sie nur zu verwalten.

Wir wollen eine Hochschulpolitik, die nicht in Symbolen stecken bleibt, sondern Ergebnisse liefert. Eine Hochschulpolitik, die Freiheit ernst nimmt, Verantwortung einfordert und Studierenden wieder mehr zutraut.

Für eine UDE, die mehr kann. Für ein Studium, das besser funktioniert. Für eine studentische Politik, die gestaltet.

Kurz: Eine Hochschule, die sich an euch anpasst – nicht umgekehrt.

Packen wir es an.